

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 29.09.2010, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 .** Mitteilungen des Bürgermeisters
- 1.1 .** Antrag der Ratsfraktionen auf Beitritt zum Bündnis gegen Rechtsextremismus
- 2 .** Vorstellung des neuen Mietspiegels der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 217/2010
- 3 .** Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes
Vorlage: 221/2010
- 4 .** Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung im Stadtzentrum
Vorlage: 227/2010
- 5 .** Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung des Abschnittes der Straße "Im Gang" vom "Johann-Plum-Platz" in nordöstliche Richtung weiterführend bis zur Einmündung der "Jahnstraße"
Vorlage: 235/2010
- 6 .** Integriertes Handlungskonzept "Stadtzentrum Geilenkirchen", Umgestaltung der Konrad-Adenauer-Straße, Bauabschnitt II
Vorlage: 245/2010
- 7 .** Bekanntgabe und Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 253/2010
- 8 .** Materialauswahl für die Beschaffung von Pflanzgefäßen für den 1. BA der Konrad-Adenauer-Straße
Vorlage: 252/2010
- 9 .** Beschaffung von Bäumen im Rahmen der Bepflanzung der Konrad-Adenauer-Straße, 1.BA
Vorlage: 254/2010
- 10 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 11 .** Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt bis TOP 11
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Uwe Eggert
10. Dr. Stefan Evertz
11. Toska Frohn
12. Johann Graf
13. Theresia Hensen
14. Dipl. Ing. Johannes Henßen
15. Horst-Eberhard Hoffmann
16. Karin Hoffmann
17. Rainer Jansen
18. Gabriele Kals-Deußen
19. Michael Kappes
20. Dipl. Ing. Stefan Kassel
21. Wilfried Kleinen
22. Heinz Kohnen
23. Christian Kravanja
24. Leonhard Kuhn
25. Gerd Latour
26. Markus Melchers
27. Manfred Mingers
28. Dr. Joachim Möhring
29. Uwe Neudeck
30. Hans-Josef Paulus
31. Manfred Schumacher
32. Barbara Slupik
33. Manfred Solenski
34. Kurt Sybertz
35. Raimund Tartler
36. Ruth Thelen
37. Marlis Tings
38. Dipl.-Ing. Harald Volles
39. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

40. Beigeordneter Hans Hausmann
41. Beigeordneter Herbert Brunen
42. Franz Willems
43. Heinrich Gemünd

- 44. Alexander Jansen
- 45. Hans-Josef Bröhl
- 46. Stephan Scholz

Protokollführerin

- 47. Tina Offermanns

Gäste

- 48. Prof. Dietmar Castro
- 49. Alwin Gietemann

Bürgermeister Fiedler begrüßte die Stadtverordneten, Besucher, Medienvertreter und die Bediensteten der Verwaltung zur siebten Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen. Zudem hieß er alle anwesenden Fachleute herzlich willkommen. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Gegen die Niederschrift der letzten Ratssitzung gab es keine Einwände.

Er bat darum, die Tagesordnung um die Punkte 1b) „Antrag der Ratsfraktionen zum Beitritt gegen Rechtsextremismus“ und 13.14 „Vergabe eines Auftrages über Kanal- und Straßenbauarbeiten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Feigengasse im Stadtteil Prummern“ zu erweitern.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass das Haushaltssachkonto „Aufwendungen für Repräsentation“ ein jährliches Budget von 15.000 € aufweise. Der Kämmerer habe Anfang September darauf hingewiesen, dass das Budget in diesem Jahr erschöpft sei. Das Sachkonto sei Bestandteil der freiwilligen Ausgaben, für die im Haushalt 947.000 € angesetzt seien. Sparbemühungen der Stadt würden sich angesichts der Haushaltslage der Stadt in den kommenden Jahren zuerst auf diese freiwilligen Leistungen fokussieren müssen, da Pflichtausgaben unantastbar seien. Angesichts der Terminplanung für Herbst und Winter 2010 und 2011 habe sich der Verwaltungsvorstand am 06. September dazu entschlossen, als erste Sparmaßnahme die Empfänge für die Vorstände und Königspaare der Schützenvereine und die Prinzenpaare der Karnevalsvereine solange auszusetzen, bis die Haushaltslage ihre Ausrichtung wieder erlaube. Die Vorstände der Schützenbruderschaften seien bereits über die Absage des diesjährigen Empfangs informiert. Die KGKG sei ebenfalls bereits informiert, die Karnevalsvereine würden aber natürlich noch einzeln unterrichtet. Die Verwaltung werde auch für die „Landpartie“ durch organisatorische Änderungen Einsparungen planen, welche die Qualität der Veranstaltung jedoch nicht mindern sollen. Auch andere Ausgaben aus dem genannten Sachkonto würden zurückgefahren, z.B. der Ankauf von Fotos für den Internetauftritt. Diese Einsparmaßnahmen würden nach dem Grundsatz beschlossen, die Handlungsfelder Schule, Jugend, Familie und Sport mit ihren besonderen sozialen Wirkungen erst, wenn überhaupt, in zweiter Linie anzutasten. Zusammen mit den Vereinen der Brauchtumspflege werde die Verwaltung beraten, wie sie in der Vielzahl von Veranstaltungen dieser Vereine einen anderen Rahmen für den Ausdruck der hohen Wertschätzung finde, welche Rat und Verwaltung der Brauchtumspflege in unserer Stadt entgegenbringen. Beim

Karneval könne dies die Rathouserstürmung sein. Mit den Schützen würden alternative Lösungen gesucht.

- b) Bürgermeister Fiedler führte weiter aus, dass die Stadt Ende des Jahres 2009 das Sitzungsmanagementsystem „Session“ eingeführt habe. Mit Hilfe dieses Programms könnten nicht nur Sitzungen bearbeitet und Einladungen oder Niederschriften erstellt werden. Über ein Modul des Programms hätten auch die Stadtverordneten die Möglichkeit, sämtliche Vorlagen, Einladungen oder Niederschriften einzusehen. Dadurch werde das jetzige Informationssystem, der „interne Bereich“ der Homepage, ersetzt. Die Fraktionsvorsitzenden hätten in einer Testphase bereits Zugriff auf die Plattform in Session gehabt. Ab dem 04. Oktober werde das System für alle Stadtverordneten frei geschaltet und auf der Homepage der Stadt Geilenkirchen verlinkt. Der Zugang sei wie bisher unter Rathaus/Stadtverordnete (intern) oder unter der Internetadresse <http://session.geilenkirchen.de/ri> zu finden. Der Aufruf der Seite, die Abfrage der Zugangsdaten und weitere Einzelheiten könnten die Stadtverordneten dem Schreiben entnehmen, das heute verteilt worden sei. Bei Fragen, Problemen oder Verbesserungsvorschlägen könnten die Stadtverordneten sich gerne an das Hauptamt, Herrn Grünwald oder Frau Offermanns, wenden.
- c) Weiter erklärte Bürgermeister Fiedler, dass die Firma Bonifatius Stirnberg Aachen mit Schreiben vom 24.09.2010 mitgeteilt habe, dass das „Wurmfenster“ fertig gestellt und abholbereit sei. Einzelheiten der Installation und eine an die haushalterische Situation der Stadt angepasste kleine Einweihungszeremonie an der vorgesehenen Stelle würden in Kürze mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen.
- d) Letztlich informierte Bürgermeister Fiedler darüber, dass die Verwaltung heute ein vom 24.08.2010 datiertes Schreiben der Bezirksregierung Köln erhalten habe. Darin werde die Bestellung von Herrn Uwe Böken zum Leiter der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule verfügt. Man wünsche Herrn Böken an dieser Stelle alles Gute und in seinem neuen Amt eine glückliche Hand.

Stadtverordneter Wolff bemerkte, dass der Bürgermeister die Absage des Schützenempfangs relativ harmlos dargestellt habe. Tatsächlich seien die Schützen jedoch empört und seines Erachtens seien sie dies zu Recht. Die Absage werde mit der derzeitigen Haushaltslage erklärt. Die Termine seien vorab bekannt; dass Anfang Oktober die kompletten 15.000 € ausgeschöpft seien, könne er nicht verstehen. Jede Hausfrau lerne mit ihrem vorhandenen Budget einen kompletten Monat zu planen. Für die Schützen sei die Absage wie ein Schlag vor den Kopf; sie empfänden dies als mangelnde Wertschätzung.

Stadtverordneter Hoffmann erklärte, dass die SPD die Absage des Empfangs natürlich bedaure. Seiner Meinung nach sei die Erklärung jedoch für alle einsichtig. Es fehle einfach das Geld. Die vorliegenden Pläne, die Schützen und Karnevalisten zur Landpartie einzuladen, halte er für einen guten Mittelweg. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage werde die Landpartie ebenfalls ein wenig umgestaltet, so dass zum Beispiel der einzuladende Personenkreis etwas verkleinert werde.

Stadtverordneter Benden meinte, dass die CDU-Fraktion die Zahlen des Haushalts genauso gut kenne und das Thema offensichtlich nur politisieren wolle. Bei allen freiwilligen Ausgaben müsse gespart werden. Natürlich unterstütze das Bündnis und auch seine Fraktion das Schützenwesen. Um diese Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, gebe es noch andere geeignete Möglichkeiten. Er denke jedoch an seine politische Verantwortung und habe die Haushaltssituation im Blick. Sicherlich wolle die CDU-Fraktion nicht den Bürgerinnen und Bürgern klar machen, dass im Bereich Soziales oder Jugend gespart werden müsse. Einsparungen an anderer Stelle seien daher unvermeidbar.

Stadtverordneter Kravanja erläuterte, dass die Bürgerliste die Meinung der CDU-Fraktion teile. Sicherlich hätte der Empfang auch mit kostengünstigen Elementen verbunden werden können. Er wünsche sich zukünftig eine kostengünstigere Lösung.

Stadtverordneter Solenski bemerkte, dass er sich der Aussage des Stadtverordneten Wolff 100% anschließe. Die Schützen hätten sich intern bereits auf diesen Termin vorbereitet. Vielleicht könne man sich in diesem Jahr noch auf ein Gentleman-Agreement einigen und den Empfang im nächsten und nicht in diesem Jahr absagen. Die Schützen würden sich sicherlich an den Kosten der Veranstaltung beteiligen.

Stadtverordneter Wolff warf ein, dass er das Thema entgegen der Aussage des Stadtverordneten Benden nicht politisieren wolle. Es gehe um das Budget von 15.000 € für alle geplanten Veranstaltungen, mit dem über ein Jahr gewirtschaftet werden müsse. Wenn dieses Budget bereits jetzt verbraucht sei, handele es sich um einen handwerklichen Fehler im Umgang mit diesen finanziellen Mitteln. Natürlich könnten im kommenden Jahr zahlreiche Aktionen eingeschränkt werden. Aber für diese abrupte Absage habe er kein Verständnis.

Stadtverordneter Benden entgegnete, dass das Budget für die Repräsentation vor zwei Jahren von der CDU-Fraktion auf 15.000 € erhöht worden sei. Dieser Rahmen sei in jedem Jahr ausgeschöpft worden. Dies könne nicht fortgesetzt werden.

Stadtverordneter Sybertz vermutete, dass zahlreiche Schützen ihren Urlaub und ihre Jahresplanung nach diesem Termin gerichtet hätten. Er könne natürlich verstehen, dass die Mittel knapp seien. Er könne aber nicht begreifen, wie ein Jahresbudget schon jetzt verbraucht sein könne. Er habe Verständnis für die Verärgerung der Schützen, die drei bis vier Wochen vor dem Termin die Absage erhalten hätten.

Stadtverordneter Jansen schlug vor, dass alle Stadtverordneten zur Finanzierung des diesjährigen Schützenempfangs zwei Monate auf ihre Aufwandsentschädigungen verzichten könnten. Er sei dazu bereit.

Bürgermeister Fiedler warf ein, dass die Schützen natürlich gewürdigt werden sollen. Nichtsdestotrotz sei die Absage des Schützenempfangs beispielhaft für viele weitere Entscheidungen, die die Stadt bedauerlicherweise zukünftig treffen werde. Leider habe es die Schützen als erste getroffen. Entgegen der Meinung einiger Stadtverordneter müsste auch bei kleinen Beträgen, wie dem Budget für Empfänge, gespart werden. Auch Einsparungen bei sogenannten „Peanuts“ würden angesichts der aktuellen Haushaltslage ins Gewicht fallen.

TOP 1.1 Antrag der Ratsfraktionen auf Beitritt zum Bündnis gegen Rechtsextremismus

Stadtverordneter Benden erläuterte in Anbetracht eines Beitrags der Stadtverordneten Tings, dass das Bündnis gegen Rechtsextremismus einen festgesetzten Namen habe; die Erweiterung des Namens stünde hier nicht zur Debatte. Bisher sei die Gemeinde Waldfeucht als einzige Kommune Mitglied dieses Bündnisses. Gerade nach Zerstörung des Mahnmals auf dem Synagogenplatz sei der Beitritt ein wichtiges Zeichen gegen Rechtsextremismus. Die gemeinsame Beantragung sei in vorherigen interfraktionellen Gesprächen mit allen Fraktionen abgestimmt worden.

Stadtverordnete Tings entgegnete, dass die Stadt Geilenkirchen nach ihrem Beitritt zum Bündnis als Mitglied einen Antrag auf Erweiterung des Namens in „Bündnis gegen Extremismus“ stellen könne. Immerhin sei das Vorgehen gegen jedwede Art von Extremismus – links oder rechts – wichtig.

Bürgermeister Fiedler nahm den Vorschlag der Stadtverordneten auf; sobald die Stadt dem Bündnis beigetreten sei, werde der Antrag auf Erweiterung der Bezeichnung des Bündnisses gestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss einstimmig, dass die Stadt Geilenkirchen dem Bündnis gegen Rechtsextremismus – für Toleranz und Demokratie im Kreis Heinsberg beitrete.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 2 Vorstellung des neuen Mietspiegels der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 217/2010

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig den neuen Mietspiegel der Stadt Geilenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 3 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes Vorlage: 221/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Geilenkirchen in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 4 Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung im Stadtzentrum
Vorlage: 227/2010**

Beschluss:

Der Rat beschloss in Anlehnung an seinen Beschluss vom 07.10.2009, dem Aktionskreis Geilenkirchen e.V. für die Weihnachtsbeleuchtung 2010/2011 einen Zuschuss in Höhe der ungedeckten Kosten, begrenzt auf maximal 6.000 €, zur Verfügung zu stellen.

Der Zuschuss wird unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

- der Aktionskreis übermittelt der Stadtverwaltung eine detaillierte Kostenkalkulation, aus der der Fehlbedarf hervorgeht
- der Aktionskreis weist bei Abschluss der Beleuchtung die tatsächlich entstandenen Kosten nach
- der Aktionskreis erarbeitet für das kommende Jahr ein neues Konzept für die Weihnachtsbeleuchtung

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 5 Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung des Abschnittes der Straße "Im Gang" vom "Johann-Plum-Platz" in nordöstliche Richtung weiterführend bis zur Einmündung der "Jahnstraße"
Vorlage: 235/2010**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss, dass die Abrechnung der Straßenbaubeiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NW) für den Abschnitt der Straße „Im Gang“ vom „Johann-Plum-Platz“ in nordöstliche Richtung weiterführend bis zur Einmündung der „Jahnstraße“ im Wege der Abschnittsbildung erfolgen soll.

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung des vorgenannten Abschnittes werden Straßenbaubeiträge gemäß § 8 KAG in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach § 8 KAG erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6 Integriertes Handlungskonzept "Stadtzentrum Geilenkirchen", Umgestaltung der Konrad-Adenauer-Straße, Bauabschnitt II
Vorlage: 245/2010**

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass er sich in den vergangenen Tagen viele Gedanken über das Prozedere des Tagesordnungspunktes gemacht habe. Ziel sei eine Diskussion und ein Abstimmungsverfahren, die auch für die Öffentlichkeit transparent seien. Die verschiedensten Varianten seien im Vorfeld diskutiert worden und letztlich bedürften einige Punkte noch der Feinjustierung. Die Verwaltung, Professor Castro vom Büro BKR Aachen und Herr Gietemann vom Ingenieurbüro Gietemann würden Auskünfte zu technischen Gegebenheiten geben. Professor Castro werde die Ausarbeitung für den Bauabschnitt unter Berücksichtigung der Diskussion aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung präsentieren. Die Variante 4 gehe auf einen Vorschlag der CDU zurück, die Variante 5 auf den Vorschlag des Bündnisses. Jede Variante solle diskutiert werden. Heute müssten insbesondere folgende Punkte geklärt werden:

1. wie kann die Frage des Fahrradweges gelöst werden?
2. soll die Fahrbahn in Asphalt oder Betonsteinpflaster ausgebaut werden?
3. soll Block- oder Längsparken bevorzugt werden, und wie hoch soll die Anzahl der Parkplätze sein?

Über diese drei Fragen sollte seines Erachtens in Teilabstimmungen entschieden werden.

Nach der Präsentation der Entwicklung bis hin zu den bestehenden Varianten durch Professor Castro (**Präsentation siehe Anlage**) betonte Bürgermeister Fiedler erneut, dass nicht eine Variante in Gänze zur Abstimmung gestellt werden könne. Vielmehr müsse zwecks Konsensfindung Element für Element diskutiert werden. Ihm sei bekannt, dass verschiedene Positionen aus der Ausschusssitzung bereits überholt seien. Zunächst solle über die Frage der Führung des Radweges entschieden werden, bevor die Themen Parken und Belag diskutiert würden. Derzeit gebe es zwei verschiedene Vorschläge zur Führung des Radweges. Zum einen die Einfädung der Radfahrer in den fließenden Verkehr nach Verlassen des Radweges. Zum anderen die Beibehaltung der jetzigen Regelung.

Auf die Wortmeldung des Stadtverordneten Dr. Möhring bemerkte Bürgermeister Fiedler, dass er an der eben vorgeschlagenen Reihenfolge der Diskussion festhalten werde. Nur so könne eine gewisse Struktur eingehalten werden.

Daraufhin meinte Stadtverordneter Dr. Möhring, dass die SPD-Fraktion an der bisherigen Regelung des Fahrradwegs festhalten wolle. Alle anderen Fraktionen schlossen sich dieser Meinung an.

Beschluss 1):

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss einstimmig, dass der Radweg wie bisher bis zum Zebrastreifen geführt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler erläuterte, dass die Variante 4 die helle Pflasterung des Bürgersteigs wie bereits im ersten Bauabschnitt verwirklicht vorsehe und rief zur Abstimmung über diesen Vorschlag auf.

Beschluss 2):

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss mit zwei Enthaltungen, einer Nein-Stimme und 36 Ja-Stimmen die Weiterführung der hellen Pflasterung auf beiden Seiten des Bürgersteigs (auf der Seite Kamps/Stamm ab dem Kreisverkehr; auf der Seite Grafen/Bischof von der Straße Markt bis zur Einmündung der Heinsberger Straße).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	1
Enthaltung:	2

Bürgermeister Fiedler fuhr fort, dass es zum Thema Parken unterschiedliche Meinungen und verschiedene Ausführungen gebe. Wie Professor Castro dargestellt habe, sei vom Blockparken in diesem Bereich aufgrund der zu erwartenden Fahrbahnverengung abzuraten.

Stadtverordneter Benden stimmte der Aussage von Professor Castro zu. Bei Längsparkplätzen sei mehr Platz vorhanden. Gerade in Anbetracht der hohen Frequentierung dieses Straßenabschnitts durch Schüler, Fahrradfahrer und Busse berge das Blockparken nur Nachteile. Insbesondere das Gefahrenpotenzial für Radfahrer würde erhöht. Zudem würde die Variante des Blockparkens mit weniger Bäumen in diesem Bereich einhergehen. Lediglich drei Bäume könnten gepflanzt werden, was einem Kahlschlag gleich kommen würde. Im Zentrum der Stadt seien ohnehin unglaublich viel Beton und wenig Grün vorhanden. Um eine Flaniermeile mit Aufenthaltsqualität und Boulevardcharakter zu ermöglichen, seien Längsparkplätze die beste Lösung. Auch bei schrägen Parkplätzen würde der Charakter eines Boulevards nicht mehr erreicht. Es könne doch nicht nur wegen zwei weiterer Parkplätze auf eine

optische Veränderung dieses Bereichs verzichtet werden. Das Bündnis unterstütze die Variante des Längsparkens mit Ladezone.

Stadtverordneter Hoffmann ergänzte zur Position des Bündnisses, dass die obere Hälfte der Parkplätze auf der Konrad-Adenauer-Straße wegfallen solle. Als Kompromiss könne die Stadt eventuell in Verhandlungen mit dem Krankenhaus treten. Dieses habe signalisiert, dass im Bereich der Wiese vor dem Schwesternwohnheim möglicherweise in einen Parkplatz umgebaut werden könnte. Zudem habe er erfahren, dass das Parkhaus hinter dem Rathaus auf drei Ebenen Langzeitparkern zur Verfügung stünde. Angesichts der Parkplatzsituation in der Innenstadt sei dies sicherlich nicht sinnvoll. Diese Lösung müsse überdacht werden. Die SPD-Fraktion sei natürlich auch für mehr Parkplätze in der Innenstadt im Sinne des eben unterbreiteten Kompromissvorschlags; sie unterstütze den Vorschlag des Längsparkens im neuen Bauabschnitt.

Stadtverordneter Kravanja schloss sich dem an. Auch die Bürgerliste bevorzuge die Einrichtung von Längsparkplätzen. Nur so werde ein Boulevard zum Flanieren geschaffen. Um breite Fußwege zu erhalten, könne auf einige Parkplätze verzichtet werden. Natürlich könne nach wie vor in der Umgebung oder auch im neuen Einkaufszentrum ortsnahe geparkt werden.

Stadtverordneter Wolff entgegnete, dass er das Gesagte nicht nachvollziehen könne. Weniger Parkplätze in diesem Bereich seien für den dort ansässigen Einzelhandel tödlich, völlig unabhängig davon ob im neuen Einkaufszentrum weitere Parkmöglichkeiten vorgesehen seien. Um kurz in der Metzgerei Wurst zu kaufen, werde man nirgendwo anders als in direkter Nähe zum Geschäft parken. Auch in internen Gesprächen mit dem Einzelhandelsverband über das Handlungskonzept sei die Wichtigkeit von Parkplätzen in diesem Bereich deutlich geworden. Gerade in Kleinstädten seien Parkplätze vor den Geschäften wichtig. Mit so viel Sachverstand müsse jeder das Thema angehen. Die von Professor Castro vorgestellte Variante 6 sei für ihn ein Kompromissvorschlag. Die Breite des Bürgersteigs sei seines Erachtens jetzt schon ausreichend und mehr Parkplätze für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich seien unabdingbar notwendig.

Stadtverordneter Kravanja widersprach, dass auf Grundlage der Variante 6 keine Veränderung zur jetzigen Parkplatzanordnung erkennbar sei. Zudem könne nicht ernsthaft angenommen werden, dass die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger für ein paar Brötchen oder zwei Scheiben Wurst in die Innenstadt fahren würden. Hierzu würde die Mehrheit in einen Supermarkt fahren. Er habe noch den Appell des alten Planers im Ohr, dass in Geilenkirchen mehr Aufenthaltsqualität geschaffen werden müsse. Hieran solle man sich orientieren.

Stadtverordnete Kals-Deußen erläuterte, dass man sich über das Thema Metzgerei lange unterhalten könne; tatsächlich seien die Parkplätze dort immer besetzt. Vielleicht sollte über eine verstärkte Kontrolle des Parkraums nachgedacht werden, da zahlreiche Parkplätze einen ganzen Tag durch Langzeitparker blockiert würden.

Stadtverordnete Frohn erklärte, dass die Alternative des Blockparkens aufgrund des höheren Platzbedarfs nicht möglich sei. Sie frage sich aber gleichzeitig, ob in diesem Bauabschnitt der Boulevardcharakter in Form von breiteren Bürgersteigen wie im 1.

Bauabschnitts unbedingt fortgesetzt werden müsse. Immerhin seien hier Ladenlokale vorherrschend.

Stadtverordneter Benden zeigte sich überrascht und meinte, dass es sich bei den schrägen Parkplätzen lediglich um zwei zusätzliche Stellplätze handele. Die ansässigen Geschäfte würden unabhängig von der Anzahl der vorhandenen Parkplätze ihre Kundschaft halten. Außerdem kämen in naher Zukunft 45 Parkplätze im Bereich „In der Au“ hinzu. Man solle nicht durch mehr Parkplätze die Stadt noch unattraktiver machen.

Stadtverordneter Wolff antwortete, dass er attraktives Einkaufen vor Augen habe; auch in anderen Städten, wie bspw. in Düsseldorf auf der Kö, seien Schrägparkplätze vorhanden.

Bürgermeister Fiedler wandte ein, dass auf der Kö in Düsseldorf natürlich auch mehr Platz vorhanden sei und die Fahrtrasse in Geilenkirchen schmaler sei.

Stadtverordneter Conrads stellte klar, dass Geilenkirchen sich auch nicht mit Düsseldorf vergleichen müsse und die Konrad-Adenauer-Straße nicht mit der Kö. Die Anzahl der Parkplätze sei unbestritten für den Einzelhandel lebensnotwendig. Am Wochenende habe die CDU in der Innenstadt eine Befragung der Passanten durchgeführt. Von 204/205 Personen waren 200 der Auffassung, dass mehr Parkplätze vorhanden sein müssten. Dies sei ebenfalls die einhellige Meinung der Geschäftsinhaber der dort ansässigen Geschäfte. Beim Wegfall der Parkplätze könnten diese Geschäfte schließen. Tatsächlich hätten Mitarbeiter der besagten Metzgerei erwähnt, dass Kunden, die keinen Parkplatz bekämen, auch nicht einkaufen würden. Die CDU habe den Vorschlag für Blockparkplätze in Anlehnung an die Lösung im ersten Bauabschnitt unterbreitet. Natürlich sei die Version des schrägen Parkens genauso attraktiv und mit den gleichen technischen und praktischen Voraussetzungen verbunden. Das Gefahrenpotenzial beim Ein- und Ausparken aus schräg angebrachten Parkplätzen sei gerade vor dem Hintergrund einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 20 km/h nicht höher als bei Längsparkplätzen; immerhin müsse auch hier überwiegend rückwärts eingeparkt werden. Komplette Unfallfreiheit sei im öffentlichen Straßenverkehr ohnehin nicht erreichbar.

Stadtverordneter Benden verdeutlichte, dass der Boulevard bei Längsparkplätzen eine Breite von fünf Metern aufweise. Bei schräg parkenden Fahrzeugen würde der Bürgersteig auf 3,50 Meter eingeschränkt. Zudem sei ihm völlig unklar, warum die Planversion 6 erstellt worden sei. Er sehe gerade vor dem Hintergrund der Parkplätze vor dem Rathaus keine Notwendigkeit für Stellplätze im besagten Bereich.

Stadtverordneter Schumacher ergänzte den Wortbeitrag des Stadtverordneten Conrads und machte deutlich, dass die Befragung vollkommen objektiv abgelaufen sei. Die Geschäftsleute seien überwiegend erzürnt über den Vorschlag der Streichung der Parkplätze gewesen und hätten Angst um den Fortbestand ihrer Geschäfte bei dieser Lösung.

Stadtverordneter Paulus mahnte, aus gemachten Erfahrungen zu lernen. Das beste Beispiel sei der I. Bauabschnitt. Hier sei der komplette Parkplatz überwiegend belegt. Daran könne man die Bedeutung der Parkplätze erkennen. Auch im zweiten Bauab-

schnitt seien Parkplätze Gold wert. Wenn man sich auf das schräge Parken einigen würde, wäre trotzdem nur die Hälfte der Parkplätze als bisher vorhanden. Verfolge man die Historie wäre leicht erkennbar, dass die heutige Käufergeneration gerne bis zur Ladentheke vordrehe und auswärtige Gewerbegebiete die Käufer aus den Innenstädten locken. Bisher gebe es in der Innenstadt ebenfalls schräge Parkflächen und eine Unfallhäufung sei nicht zu beobachten. Zudem solle man sich in Erinnerung rufen, aus welchem Grund das Integrierte Handlungskonzept überhaupt ins Leben gerufen worden sei; hierdurch wollte man die Innenstadt für neue Käuferschichten interessant machen und vermehrt Kaufkraft ins Zentrum holen.

Stadtverordneter Jansen teilte mit, dass genau in diesem Bereich im Sommer ein Radfahrer von einem ausparkenden Auto erfasst worden sei. Ein Autofahrer müsse an dieser Stelle quasi zwei Meter blind nach hinten rückwärts raussetzen. Diese Situation müsse in jedem Fall entschärft werden.

Stadtverordneter Dr. Evertz bemerkte, dass er zur Kundschaft der besagten Metzgerei gehöre und noch nie einen Parkplatz bekommen habe. Dies sei für ihn aber unproblematisch, da er wie andere Kunden auch, sein Auto in der Haihover Straße abstelle. Eine Verbreiterung des Gehweges sei aus seiner Sicht sehr sinnvoll, damit in diesem Bereich Außengastronomie möglich werde und Aufenthaltsqualität geschaffen werde.

Stadtverordneter Conrads erwiderte, dass in diesem Bereich keine Gastronomie vorhanden sei. Zudem sei nicht die Rede von vier Stellplätzen mehr oder weniger. Derzeit seien 31 Plätze vorhanden, die auf 19, 13 oder 9 Plätze reduziert werden sollen. Dies sei der entscheidende Punkt.

Stadtverordnete Frohn beantragte eine Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten, um sich mit ihrer Fraktion angesichts der bevorstehenden Abstimmung über die Frage Längs- oder Schrägparkplätze zu beraten.

[Sitzungsunterbrechung von 19:30 Uhr bis 19:35 Uhr]

Bürgermeister Fiedler stellte fest, dass die Aussprache zu diesem Unterpunkt beendet sei und nun die Abstimmung stattfinde.

Stadtverordneter Wolff beantragte geheime Abstimmung.

Stadtverordneter Benden warf ein, dass die Längs-Anordnung der Parkflächen am weitesten vom jetzigen Ist-Zustand abweiche und diese Frage daher zur Abstimmung gestellt werden solle.

Die Fraktionen benannten die Stadtverordnete Hensen und die Stadtverordnete Kals-Deußen zu Stimmzählerinnen.

Bürgermeister Fiedler rief zur Abstimmung auf und teilte mit, dass für die Längsparkplätze mit „Ja“ gestimmt werden müsse und für die Beibehaltung der Schrägparkplätze mit „Nein“.

Beschluss 3):

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss mit 19 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen mehrheitlich die Beibehaltung der schrägen Anordnung der Parkplätze im unteren Bereich (wie in der Variante 6 vorgestellt).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	20
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler erörterte, dass nun über die Parkplatzsituation im östlichen Bereich auf der Seite des ehemaligen Möbelhauses Grafen und der Metzgerei Bischof bis hin zur Martin-Heyden-Straße beraten werden müsse. Verwaltungsintern sei intensiv diskutiert worden und die Verwaltung schlage vor, mindestens Anlieferverkehr für die Geschäfte zu ermöglichen. Alle weiteren Punkte, wie die Anzahl der Stellplätze, müssten nun von den Stadtverordneten beraten werden.

Stadtverordnete Kals-Deußen führte aus, dass sich das Bündnis gegen Parkplätze im oberen Bereich der Konrad-Adenauer-Straße ausspreche. Befürwortet werde hingegen eine Ladezone mit gleichzeitigem Parkverbot. Auch auf dieser Seite müsse die Möglichkeit zur Gestaltung als Boulevard wahrgenommen werden.

Stadtverordneter Benden bekräftigte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass auf drei Parkplätze verzichtet werden könne und eine Ladezone eingerichtet werden solle. Im unteren Bereich sei die Einrichtung eines Boulevards verpasst worden und die bisherige Optik werde beibehalten. Er wiederholte, dass auch im oberen Bereich aufgrund ein- und ausparkender Autos die Situation für Radfahrer gefährlich sei. Er warb dafür, keine Parkflächen auszuweisen.

Stadtverordneter Wolff betonte, dass gerade im oberen Bereich des Bauabschnittes Parkplätze wichtig seien. Bei den damaligen Planungen zum Integrierten Handlungskonzept habe der Einzelhandelsverband deutlich gesagt, wie wichtig hier Parkplätze seien. Er appelliere an die Vernunft der Stadtverordneten, die Parkplätze an dieser Stelle zu belassen.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass die Freie Bürgerliste nach wie vor den Boulevardcharakter unterstütze und Parkplätze auch in der Innenstadt vorhanden seien. Daher könne im oberen Bereich auf weitere Parkflächen verzichtet werden.

Stadtverordnete Frohn war unschlüssig, ob die Parkplätze in diesem Bereich notwendig seien oder nicht. Die Ladezone werde hingegen befürwortet.

Stadtverordneter Jansen erläuterte, dass er zurzeit selten in der Stadt sei, sein Geschäft in zwei Jahren aber vermutlich auf die Konrad-Adenauer-Straße verlegen werde. Wenn bei den derzeit diskutierten Fragen lediglich die Anliegen der rund 500 Einzelhändler Berücksichtigung fänden, vernachlässige man die übrigen 28.000 Einwohner der Stadt. Im Stadtkern solle die Aufenthaltsqualität für die Einwohner erhöht

werden. Wenn man nur dem Einzelhandel Rechnung trage, könne das Geld auch gespart und auf den Ausbau verzichtet werden.

Stadtverordneter Schumacher erinnerte daran, dass die Passanten während der Befragung weitere Parkplätze befürwortet hätten. Ohne Parkplätze würden die Leute aus der Stadt herausgehalten.

Stadtverordneter Hoffmann erklärte, dass im unteren Bereich der Straße aufgrund des eben gefassten Beschlusses mehr Parkplätze als geplant vorhanden seien. Daher könne im oberen Bereich auf weitere Flächen verzichtet werden.

Auf die Frage des Stadtverordneten Solenski antwortete Bürgermeister Fiedler, dass über ein Parkraumbewirtschaftungssystem bereits häufiger diskutiert worden sei dieses aber derzeit nicht zur Debatte stehe. Vielmehr rief er zur Abstimmung über den weitergehenden Vorschlag, des Wegfalls der Parkflächen im östlichen Bereich des zweiten Bauabschnitts von der Straße Markt bis zur Einmündung der Martin-Heyden-Straße (vor den Geschäften Grafen und Bischof) auf.

Stadtverordneter Wolff beantragte geheime Abstimmung. Zu Stimmzählerinnen wurden erneut die Stadtverordneten Hensen und Kals-Deußen bestimmt. Zur Beibehaltung der Parkflächen sollte mit Nein gestimmt werden; zur Beseitigung der Parkplätze mit Ja.

Beschluss 4):

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss mit 18 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen mehrheitlich die Beibehaltung der Parkplätze im östlichen Bereich vom Markt bis zur Einmündung der Martin-Heyden-Straße (vor den Geschäften Grafen und Bischof).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	21
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler fuhr fort, dass nun die Frage des Belags der Straße geklärt werden müsse. Hierzu sei Herr Gietemann vom Ingenieurbüro Gietemann anwesend, um die Vor- und Nachteile der favorisierten Beläge, Asphalt oder Kunststeinpflaster, zu erläutern.

Stadtverordneter Conrads teilte mit, dass in der heutigen Ausgabe der Geilenkirchner Zeitung ein Leserbrief zur Frage des Asphalts abgedruckt worden sei. Hierin habe ein Fachmann die technische Problemstellung von Betonsteinen im Gegensatz zu Asphalt geschildert. Bei eigenen Recherchen zur Frage des Belags in Städten wie Düsseldorf, Hückelhoven oder Aachen hätten alle Städte von einer Pflasterung abgeraten. Betonpflaster sei je nach Geschwindigkeit 2-7 Dezibel lauter als eine asphaltierte Straße. Die individuell empfundene Lärmbelastung sei das Zwei- bis Vierfache höher. Lärm sei krank machend. Auch bei der Befragung hätten von 24 Personen 17

für Asphalt gestimmt. Zudem sollte das Bild des ersten Bauabschnittes fortgeführt werden und helles Pflaster und Asphalt eingesetzt werden.

Stadtverordnete Frohn erklärte, dass ihr gesagt worden sei, dass die Bürger sich für ein Pflaster in der Optik des ersten Bauabschnittes ausgesprochen hätten. Natürlich müssten die Vor- und Nachteile der verschiedenen Beläge abgewogen werden. Im Falle der Wahl des Pflasters sei ihr die Farbe der Steine besonders wichtig, um dem Willen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen. Hier wolle sie keine Überraschung erleben.

Bürgermeister Fiedler erwähnte, dass in einer Version das optische Hineinragen des Marktplatzes in den Straßenbereich betont worden sei; hierzu müsse natürlich die Farbpalette der Steine auf dem Marktplatz gewählt werden.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass sich das Bündnis neben vielen anderen Varianten aufgrund der optischen Wirkung für eine Pflasterung mit Betonsteinen ausgesprochen habe. Auf diese Weise könnten die Bereich vor dem Rathaus und auf dem Marktplatz ergänzt werden. Asphalt würde einen kompletten Bruch in der Optik bedeuten und Autofahrer zu schnellerem Fahren verleiten. Dadurch würde quasi eine Schnellstraße durch die Innenstadt gebaut. Mit einer Pflasterung könne hingegen ein optisches Signal für die 20 km/h Zone gegeben werden. Seiner Ansicht nach gebe es keine vernünftige Alternative zu einer Pflasterung. Über die Farb- und Materialauswahl müsse im Übrigen zunächst der zuständige Ausschuss beraten und dem Rat einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten.

Stadtverordnete Kals-Deußen meinte in Bezug auf die Wortmeldung des Stadtverordneten Conrads, dass die Zitierung des Leserbriefes in der jetzigen Situation unpassend sei. Hier seien Fachleute anwesend und auf Grundlage ihrer Schilderung würde eine Entscheidung getroffen.

Stadtverordneter Conrads wiederholte, dass nicht nur im Leserbrief sondern auch im Internet genügend Angaben über diese Zusammenhänge vorhanden seien. Auch Kollegen bei der Polizei könnten bestätigen, dass die Lärmbelastung bei Pflaster wesentlich höher als bei Asphalt sei. Auch die in der ursprünglichen Planung vorgesehenen Rinnen würden erheblich zur Lärmbelastung beitragen. Zudem liege bei Asphalt eine wesentlich höhere Haltbarkeit vor.

Stadtverordneter Eggert warf ein, dass auch sie Erkundigungen bei anderen Städten eingeholt hätten. So habe der Rat der Stadt Monheim, bei einer Bevölkerung von 45.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, vor kurzem für den Ausbau des Busbahnhofs mit Pflaster votiert. Sämtliche Fachleute hätten keine Bedenken in Bezug auf diese Ausbauweise geäußert und der Rat hätte mit der Stimmmehrheit der CDU diese Variante verabschiedet.

Professor Castro erläuterte die Wirkung von Asphalt bzw. Pflaster aus stadtplanerischer Sicht. Vorab erwähnte er, dass der ursprüngliche Vorschlag den Platzcharakter bis in die Fahrbahn hinein auszuweiten, keine Zustimmung gefunden habe. Im Kontext der Platzgestaltung sei die Reduzierung der Geschwindigkeit ein Faktor. Bei Asphalt würde es sich um ein stark lineares Element handeln und seine geschwindigkeitsberuhigende Wirkung sei im Gegensatz zu einer Pflasterung nicht so hoch.

Herr Gietemann fuhr fort, dass zahlreiche Regelungen im Straßenoberbau einzuhalten seien. Asphalt sei grundsätzlich immer erlaubt; bei der Verlegung eines Pflasters müssten bestimmte Voraussetzungen der Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen erfüllt sein. Unter anderem müsse die zu bebauende Straße einer bestimmten Bauklasse zugeordnet werden. Hierfür sei die Belastung der Straße, z.B. durch Schwerlastverkehr, ein ausschlaggebendes Kriterium. Des Weiteren würden Rahmenbedingungen wie die Spurbeanspruchung, häufige Brems- und Beschleunigungsvorgänge oder auch die Steigung etc. eine Rolle spielen. Im Bereich der Heinsberger Straße sei eine Steigung von fast 6% vorhanden und aufgrund dessen kritisch zu betrachten bzw. fast außerhalb des zulässigen Bereichs für eine Pflasterung. Dennoch befinde sich die Straße in der Bauklasse 3, in der eine Pflasterung zulässig sei. Des Weiteren sei gerade für die Pflasterbauweise der vorhandene Unterbau ein weiterer wichtiger Punkt. Hiervon werde z.B. die Art des Steins oder auch die Art der Verlegung abhängig gemacht, damit eine größtmögliche Stabilität erreicht werde. Gerade im Pflasterbau sei die Verlegung des Pflasters die schwierigste, oft mit Fehlern behaftete Aufgabe. Die Asphaltierung sei für die Straßenbauer die einfachere Methode; nichtsdestotrotz sei die Verlegung eines Pflasters in diesem Bereich vor dem Hintergrund der technischen Richtlinien gerade noch zulässig. Zum Thema Lärm stellte er fest, dass Lärm grundsätzlich logarithmisch sei und anhand physikalischer Methoden ermittelt werde. Eine Asphaltdecke stelle bei derartigen Messungen immer die „Null-Lösung“ dar. Nach ausführlicher Darstellung der Messgrundlagen und –skalen sagte Herr Gietemann, dass Pflaster grundsätzlich lauter als Asphalt sei, dass dieser Unterschied in der tatsächlichen Wahrnehmung aber sehr gering sei und kaum einen Störfaktor darstelle. Die Nachfrage des Stadtverordneten Volles bestätigte Herr Gietemann dahingehend, dass Motorengeräusche die Lärmentstehung durch das Pflaster übertönen würden. Abschließend hielt er fest, dass die Erfahrungen insbesondere in Hinsicht auf Verlegung eines Pflasters häufig negativ behaftet seien, da Steine kippen könnten oder sich durch starke Beanspruchung schräg legten. Dennoch sei eine Verlegung nicht unmöglich, jedoch kritisch zu beurteilen.

Stadtverordneter Conrads sah sich in seiner Aussage zu einer Pflasterung der Straße bestätigt und meinte, dass die Stadt Geilenkirchen nicht die gleichen Fehler wie die Stadt Monheim machen müsse. Zudem sei der Bürgerwille ein anderer gewesen.

Stadtverordneter Brandt fragte nach, warum die Planungen zur Variante 6 und die Aussagen von Herrn Gietemann nicht schon in der Ausschusssitzung vorgestellt worden seien. Er sei mit der jetzigen Entwicklung und der Arbeit der beiden Büros nicht zufrieden.

Stadtverordneter Kuhn dankte Herrn Gietemann für die ausführliche Darstellung und sah die Aussage der TH Aachen bestätigt. In der Nachbarstadt Heinsberg könnten die negativen Folgen der Pflasterweise auf der Hochstraße beobachtet werden. Dort könnten einzelne Pflastersteine mit der Hand entfernt werden.

Auf Wortbeiträge des Stadtverordneten Benden entgegnete Herr Gietemann, dass natürlich ein Unterschied zwischen einer Asphaltierung und Pflasterung bestehe. Die erhöhte Lärmbelastung werde tatsächlich aber nicht als so enorm empfunden. Dies habe er auch auf der Einwohnerversammlung in Waurichen gesagt.

Stadtverordneter Jansen bemängelte, dass der Vortrag seines Erachtens ein Plädoyer für Asphalt gewesen sei und dass der Plan zur Variante 6 dem Bündnis vorher nicht vorgelegt worden sei. Er fühle sich vorgeführt.

Stadtverordnete Frohn meinte, dass sie die Langlebigkeit des Pflasters an bestimmten Stellen anzweifle und gefährdet sehe. Außerdem sehe sie die Angelegenheit mit der Farbgebung des Pflasters anders. Der Boulevardcharakter könne nur durch die Farbgestaltung aus dem ersten Bauabschnitt fortgesetzt werden. Daher sei auch die Farbe des Pflasters entscheidend.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass heute Abend sicherlich nicht über die Farbe, sondern nur über die Art des Bodenbelags diskutiert würde.

Stadtverordneter Kappes warf ein, dass bei Asphalt eine höhere Langlebigkeit als bei Pflaster erreicht werde und keine baulichen Schwierigkeiten bestünden.

Stadtverordneter Dr. Evertz teilte mit, dass er momentan etwas erschrocken über die Äußerungen von Herrn Gietemann sei und fragte nach, ob die Verlegung eines Pflasters nun möglich sei oder nicht.

Herr Gietemann bestätigte, dass nach den technischen Regeln die Verlegung eines Pflasters technisch möglich sei.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann verdeutlichte, dass die Planer die ihnen vorgegebene Themenstellung neutral behandelt hätten und die Ergebnisse korrekt dargestellt hätten. Die Variante 2, in der der Platzcharakter des Marktplatzes durch eine entsprechende Betonsteinpflasterung in einem bestimmten Bereich der Konrad-Adenauer-Straße vorgesehen gewesen sei, sei von den Fraktionen verworfen worden. Daneben sehe die Verwaltung eine Pflasterung aufgrund der Steigung von fast 6% an der Einmündung zur Heinsberger Straße kritisch. Die technischen Vorschriften würden erfüllt; trotzdem würden hier horizontale Schubkräfte auf das Pflaster einwirken, daher sei eine Pflasterung in diesem Bereich nicht sinnvoll. Insofern habe der Schreiber des Leserbriefes Recht. Auch die RWTH Aachen und weitere Städte hätten nach Schilderung der Gegebenheiten in Geilenkirchen von einer Pflasterung abgeraten.

Stadtverordneter Wolff zeigte auf, dass er aus beruflichen Gründen bekanntermaßen auf Bodenbeläge achte. Der Verschleiß eines Pflasters sei sehr hoch und bei Unebenheiten würde bspw. auch der Lärmpegel steigen.

Stadtverordneter Benden stellte klar, dass seine Fraktion keinen der Planer kritisieren wolle. Ganz im Gegenteil sei man zu Anfang von den Vorschlägen des Büros BKR begeistert gewesen. Nun würde sich das Büro wahrscheinlich selbst nicht mehr in den Planungsvarianten wiederfinden. Seine Kritik gehe in Richtung Verwaltung, die vorab mehr Informationen hätte bereit halten müssen.

Stadtverordneter Graf wunderte sich, dass er keine Modifizierung der Variante 5 mit den Änderungswünschen des Bündnisses gesehen habe. Die vorgestellte Variante 6 sei so nicht gewollt gewesen.

Bürgermeister Fiedler beschrieb mit welcher Sorgfalt die Verwaltung an die Thematik herangegangen sei. Sämtliche Änderungswünsche aus den Varianten 4 und 5 seien zur Sprache gekommen; über einzelne Aspekte sei heute abgestimmt worden. Alle bisherigen Ergebnisse seien ein Zeichen für eine funktionierende Demokratie. Nun müsse über die Frage „Asphalt oder Pflaster“ geklärt werden. Bei der späteren Abstimmung müsse man sich die Fragen stellen, ob ich eine „entschleunigende Wirkung“ oder Bausicherheit will.

Stadtverordneter Kleinen beantragte den Abbruch der Debatte und Abstimmung über den Punkt.

Stadtverordneter Wolff beantragte geheime Abstimmung.

Die Stadtverordneten Hensen und Kals-Deußen wurden erneut zu Stimmzählerinnen bestimmt. Bürgermeister Fiedler rief zur Abstimmung auf; mit „Ja“ solle für Asphalt und mit „Nein“ gegen Asphalt und für Kunststeinpflaster gestimmt werden.

Beschluss 5):

Der Rat der Stadt Geilenkirchen sprach sich mit 16 Nein-Stimmen, 22 Ja-Stimmen und einer Enthaltung für die Asphaltierung der Straße aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	22
Nein:	16
Enthaltung:	1

Bürgermeister Fiedler erwähnte abschließend, dass die Ergebnisfindung langwierig war. Die Anregungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger seien ernst genommen worden und bei der Weiterentwicklung der ersten Varianten voll berücksichtigt worden. Sicherlich sei ein anderes Ergebnis erzielt worden, als alle gedacht hätten. Doch das sei gelebte Demokratie. Er dankte allen Beteiligten, insbesondere dem Büro BKR und Herrn Professor Castro für seine Bemühungen und die Unterstützung.

TOP 7 Bekanntgabe und Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben Vorlage: 253/2010

Stadtverordneter Hoffmann erkundigte sich nach dem Grund der Auflistung folgender Positionen:

- Kostenbeteiligung an der Beschulung der Hauptschüler
- Erneuerung der Fensteranlage in der Musikschule
- Erstattungsinsen Gewerbesteuer

Stadtverwaltungsrat Gemünd antwortete, dass Kostenbeteiligung an der Beschulung der Hauptschüler aufgrund steigender Betriebskosten der Schule erhöht worden sei. Beigeordneter Brunen ergänzte, dass die Kosten nicht im Voraus pro Schüler er-

rechnet werden könnten. Vielmehr würden die Gesamtkosten des laufenden Jahres im Nachhinein ermittelt und auf die Schülerzahlen abgerundet.

Zu den Erstattungszinsen der Gewerbesteuer führte Stadtverwaltungsrat Gemünd aus, dass bei der Gewerbesteuer teilweise Erstattungszinsen anfallen würden. Diese Zinsen würde das Finanzamt erst 15 Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden sei, errechnen. Die Stadt habe auf diesem Wege ca. 70.000 – 80.000 € Mehreinnahmen.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann führte zum Thema Fensteranlage für die Musikschule aus, dass 40.000 € veranschlagt worden seien. Der Betrag im Ansatz des Konjunkturpaketes II sei jedoch deutlich höher gewesen. Daher habe es die Anpassung gegeben. Genauer müsse er aber auch den Unterlagen entnehmen.

Stadtverordneter Kohnen erkundigte sich, ob die Entnahme aus der Rücklage aufgrund der über- und außerplanmäßigen Ausgaben nicht noch höher ausfallen werde. Außerdem fragte er, ob die Mehrwertsteuer für die Photovoltaikanlage erstattet werde.

Stadtverwaltungsrat Gemünd antwortete, dass aus der kürzlich vorgelegten Probeberechnung hervor gehe, dass das erhöhte Defizit von 400.000 € durch eine unvorhergesehene Schlüsselzuweisung in Höhe von 300.000 € fast ausgeglichen werden könne. Die Mehrwertsteuer für die Photovoltaikanlage sei zunächst eine außerplanmäßige Ausgabe, werde aber vom Finanzamt erstattet.

Beschluss:

Der Rat genehmigte die noch nicht genehmigten über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen, die bis Ende des Jahres voraussichtlich anfallen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 8 Materialauswahl für die Beschaffung von Pflanzgefäßen für den 1. BA der Konrad-Adenauer-Straße

Vorlage: 252/2010

TOP 9 Beschaffung von Bäumen im Rahmen der Bepflanzung der Konrad-Adenauer-Straße, 1.BA

Vorlage: 254/2010

(Die Tagesordnungspunkte wurden zusammen diskutiert)

Stadtverordneter Wolff erklärte als Anbieter eines Produktes seine Befangenheit und nahm unter den Zuschauern Platz.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass in den vergangenen Wochen aufgrund der Haushaltssituation viel über die zukünftige Entwicklung der Stadt gesprochen worden sei. Die Freie Bürgerliste überlege, ob die Anschaffung von Pflanzgefäßen für 20.000 € unbedingt notwendig sei. Hinzu kämen noch Pflanzen bzw. Bäume für ca. 10.000 € zzgl. der anfallenden Pflegekosten, die gerade bei Pflanzgefäßen höher seien. Die Stadt könne diese Ausgaben im Moment nicht leisten und daher werde die Bürgerliste die Punkte 8 und 9 ablehnen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Hoffmann erläuterte Oberamtsrat Bröhl anhand einer Folie (siehe **Anlage**), dass es sich bei den Pflanzgefäßen um quadratische Holzkübel mit einer Höhe von 90 cm handle. Aufgrund der stabilen Bauweise könnten die Kübel bei Bedarf, z.B. bei Veranstaltungen, weg gefahren werden. Vergleichspreise für die Kübel müssten noch eingeholt werden.

Stadtverordneter Schumacher warf ein, dass sich die CDU-Fraktion der Entscheidung der Freien Bürgerliste anschließe.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erinnerte daran, dass für die Gestaltung des Bauabschnittes Fördergelder bereitgestellt worden seien. Es bedürfe der Abstimmung mit der Bezirksregierung, ob von der abgestimmten und genehmigten Planung abgewichen werden könne. Er empfehle zunächst die Zurückstellung der Punkte 8 und 9 bis zur Klärung dieser Fragen.

Stadtverordneter Dr. Evertz bat darum, heimische Gehölze bei der Wahl der Holzkübel in Erwägung zu ziehen. Diese seien in Sachen Haltbarkeit mit Tropengehölzen vergleichbar.

Bürgermeister Fiedler rief zur Abstimmung über die Zurückstellung der Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 10 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordneter Graf fragte nach, warum für das Projekt der Schülerjobbörse nicht auch Jugendliche der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule angesprochen worden seien.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass es sich um ein Pilotprojekt handle und daher nicht alle Schulen im Stadtgebiet angesprochen worden seien.

Grundsätzlich würde bei Erfolg des Projektes an allen Schulen hierfür geworben. Er gab jedoch zu Bedenken, dass die Angelegenheit schon jetzt mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden sei, da alle Schülerinnen und Schüler seitens der Stadt als Minijobber angemeldet werden müssten. Daher würden alle weiteren Schritte zunächst abgewartet.

- b) Stadtverordneter Graf fragte weiter, wie der Sachstand zum Breitbandausbau und die Verhandlungen mit der Telekom aussehen würden.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erklärte, dass die Verwaltung seit der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses tagtäglich mit der Telekom gesprochen bzw. verhandelt habe. Die endgültige Entscheidung stünde in Kürze an. Der Vertrag zwischen der Stadt und der Telekom weise eine klare Regelung darüber auf, dass die Stadt entgegen der bisherigen Behauptung der Telekom nur zur Verlegung eines Leerrohres verpflichtet gewesen sei.

- c) Stadtverordnete Kals-Deußen teilte mit, dass der Kreisausschuss in seiner letzten Sitzung die Betreuung der Langzeitarbeitslosen beraten habe und diese nicht mehr durch die Arbeitsgemeinschaft vorgenommen werden solle.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass der Gesetzgeber die Betreuung der Langzeitarbeitslosen im II. Sozialgesetzbuch geregelt habe. Demnach zahle der Bund die Regelleistungen und die Kommune übernehme die Kosten der Unterkunft und Heizkosten. Vor kurzem sei die Verfassungswidrigkeit der so genannten Arbeitsgemeinschaften festgestellt worden, für die gemeinsam die Bundesagentur für Arbeit und die einzelnen Kommunen zuständig gewesen seien. Im Kreis Heinsberg sei diese Aufgabe von der Kreisverwaltung übernommen worden. Der Kreis habe nun die Möglichkeit die Aufgaben in eigener Zuständigkeit und Verantwortung wahrzunehmen; diese Möglichkeit werde als „Optionsmodell“ bezeichnet. Ein entsprechender Antrag werde derzeit vorbereitet. Die Option könne frühestens zum 01.01.2012 starten. Personaltechnisch würde die Stadt in diesem Fall städtisches Personal befristet zum Kreis abordnen.

Die Stadt Geilenkirchen habe aufgrund der Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit schon immer das Optionsmodell favorisiert. Speziell die Stadt Geilenkirchen habe im Bereich der Sozialhilfe eigenverantwortlich am erfolgreichsten gearbeitet. Er hoffe also, dass der Antrag des Kreises auf die Option Erfolg habe. Unabhängig von der Frage, ob das Optionsmodell greift oder es zu einer gemeinsamen Einrichtung von Kreis und Bundesagentur kommt, würde die jetzige Aufteilung von 11 Standorten auf Teams an vier Standorten konzentriert werden. Dies wären die Städte Erkelenz und Wegberg, Hückelhoven und Wassenberg, Heinsberg und die drei Westgemeinden (Selfkant, Gangelt, Waldfeucht) sowie Geilenkirchen und Übach-Palenberg.

TOP 11 Fragestunde für Einwohner

- a) Willi Tholen, wohnhaft in der Konrad-Adenauer-Straße, fragte nach, wann mit dem Beginn der Bauarbeiten im zweiten Bauabschnitt gerechnet werden könne.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass voraussichtlich nach dem Weihnachtsgeschäft, also Ende Dezember, mit den Arbeiten begonnen werde.

Sitzung endet um: 22:18

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister Thomas
Fiedler

Tina Offermanns